

Manuskript
"Soverschenno sekretno"
Russlands Umgang mit den Geheimdienstakten
Deutschlandfunk 16.10.99
Hintergrund Politik
von Gesine Dornblüth

Atmo:

Eto delo iz fonda narodnych kommissarov SSSR. Dokumenty 44-45go goda. (Blättern) Vot mozno posmotret'. (Blättern). 32"

Sprecherin:

Oganjes Marinin, stellvertretender Direktor des russischen Staatsarchivs in Moskau, nimmt einen großen graugrünen Pappkarton aus dem Regal, öffnet den Deckel und blättert in vergilbten Seiten. Die Akte stammt aus dem Fond der Volkskommissare der UdSSR aus den Jahren 1944 und 45 und enthält Informationen über die Rückkehr von Kriegsgefangenen in die Sowjetunion. Erst vor kurzem wurden die Dokumente zur Einsicht freigegeben. Der Stempel "streng geheim" auf dem Deckel ist durchgestrichen, darunter prangt ein zweiter: "Geheimhaltung aufgehoben".

O-Ton 1:

Bei uns im Staatsarchiv gibt es zwar immer noch einen Komplex mit Geheimmaterial, zu dem der Zugang beschränkt ist; aber auch dieses Material wird zur Zeit herabgestuft, der Prozeß läuft. Gegenwärtig unterliegen noch etwa fünf Prozent aller Akten im Staatsarchiv der Geheimhaltung, und wir arbeiten weiter an ihrer Herabstufung.

Sprecherin:

Eine Aussage, die trügt. Denn im öffentlich zugänglichen russischen Staatsarchiv lagert nur weitgehend unspektakuläres Material aus dem vergangenen Jahrhundert, aus der Revolutionszeit und aus der Stalinära. Die wirklich brisanten Akten der Geheimdienste dagegen, darunter sämtliche Spitzelakten, lagern in den Archiven der

Sicherheitsdienste, darunter dem ehemaligen KGB- und heutigen FSB-Archiv. Sie sind noch immer geschlossen. Und selbst das zugängliche Material dürfen nur solche Personen einsehen, die zu Sowjetzeiten zu Unrecht verurteilt und später rehabilitiert wurden. Damit sind unter anderen all diejenigen von der Akteneinsicht ausgeschlossen, die "nur" vom KGB bespitzelt wurden, über die Dossiers angelegt wurden und denen damit die Karriere zerstört worden ist. Das waren pro Jahr 15 bis 20.000 Personen, schätzt Nikita Petrov von der Menschenrechtsorganisation Memorial. Petrov wurde, weil er seit Ende der 70er Jahre in öffentlichen Bibliotheken zugängliches Material über das KGB sammelte, mehrfach verhört, seine Wohnung wurde durchsucht und das gesammelte Material beschlagnahmt. Petrov verlor seine Stelle an der Universität. Das letzte Verhör war 1986, verurteilt wurde er nicht.

O-Ton 2:

Mir haben sie die Akten nicht gezeigt, und zudem haben sie auch noch erklärt, daß meine Forderungen illegal seien. Ich habe an den Moskauer FSB geschrieben. Mir wurde ziemlich lakonisch geantwortet: Ja, es gab eine Akte, sie wurde über Sie angelegt, von 1986 bis 88 - was übrigens schon gelogen war, denn die Sache hatte natürlich schon früher begonnen. Und dann hieß es, mehr könnten sie mir nicht mitteilen aufgrund des Gesetzes über operative Ermittlungstätigkeit. Obwohl ich laut diesem Gesetz das Recht habe, Angaben darüber zu bekommen, welche Materialien gegen mich gesammelt wurden und vieles andere.

Sprecherin:

Das Gesetz über operative Ermittlungstätigkeit, auf das der Föderale Sicherheitsdienst, FSB, sich beruft, schreibt vor, daß zu Unrecht Bespitzelte die über sie gesammelten Informationen einfordern können, wenn diese Informationen keine Staatsgeheimnisse enthalten. Nach Auffassung des FSB stellen die Namen von Agenten aber ein Staatsgeheimnis dar. Deshalb dürfen selbst Personen, die zu

Sowjetzeiten aus politischen Gründen verurteilt und später rehabilitiert wurden, nur Prozeßakten einsehen - nicht aber Spitzelakten, erläutert der Historiker Nikita Ochotin.

O-Ton 3:

Und die Behörden fügen gern noch hinzu, daß das aus moralischen Gründen nicht möglich ist. Das ist eine sehr freie Auslegung des Gesetzes und eine sehr wesentliche Einschränkung, die meiner Ansicht nach die ganze Prozedur unsinnig macht. Nun gut, man erfährt, was man getan hat, was man vor zwanzig Jahren gesagt hat. Aber man erfährt nicht, welcher der Freunde, der Bekannten oder Kollegen ein Spitzel war. Da könnte man auch die eigenen Tagebücher lesen.

Sprecherin:

Die häufigste Antwort des FSB auf Anfragen nach Spitzelakten aber lautet, die operativen Dokumente seien vernichtet worden. Historiker bezweifeln das. Zwar erteilte Vladimir Krjutschkov, der damalige KGB-Chef, im April 1989 den Befehl, alle Spitzelakten zu vernichten; doch der Befehl ist höchstwahrscheinlich nie vollständig ausgeführt worden. Historiker meinen vielmehr, daß, selbst wenn Akten vernichtet wurden, zumindest die wichtigsten Daten irgendwo noch existieren: Wer bespitzelt wurde, warum, wie und wie lange. Oganjes Marinin vom Staatsarchiv:

O-Ton 4:

Es gibt Gerüchte, aber leider oder glücklicherweise weiß ich auch nicht mehr. Ich kann aber etwas anderes sagen. Ich gehe von der Annahme aus: Manuskripte brennen nicht - obwohl das eine literarische Aussage ist. Ebenso werden niemals Befehle vernichtet, die innerhalb staatlicher Strukturen, darunter auch innerhalb des KGB, erteilt worden sind. Davon bin ich als Historiker und als Forscher, der schon lange in Archiven arbeitet, überzeugt. Aber ich kann es nicht beweisen.

Sprecherin:

Manchmal werden die Opfer, die Akteneinsicht fordern, auch einfach auf altbewährte Weise von Behörde zu Behörde geschickt. Wie zum Beispiel Valerij Abramkin, der sechs Jahre im Lager saß und anschließend noch bis 1991 verbannt war, weil er eine Zeitschrift im Selbstverlag herausgegeben hatte.

O-Ton 5:

Ich hatte eine Mitarbeiterin von Memorial beauftragt, die Akten zu suchen. Die Behörden haben sie von einer Stelle zur nächsten geschickt. Mein Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft geführt, aber die Staatsanwaltschaft sagte: Die Akte liegt im Gericht. Das Gericht sagte: Sie liegt beim KGB. Das KGB sagte, sie liegt bei der Staatsanwaltschaft und so weiter. Wir haben die Akten nicht gefunden.

Sprecherin:

Abramkin kann deshalb nicht mal seine Prozeßakten einsehen. Der Zugang zu den russischen Geheimdienstakten und den Archiven ist seit 1993 stetig schwieriger geworden. Dabei hatte es kurz zuvor noch so ausgesehen, als werde in absehbarer Zeit vollständig mit dem Sowjetregime abgerechnet. Damals hatte Präsident Jelzin einen Befehl zur Überführung der Partei- und Geheimdienstarchive in staatliche Archive erteilt. Dazu wurde eine Kommission beim Obersten Sowjet eingerichtet, die Empfehlungen dafür erarbeiten sollte. Mit dem Ende des Obersten Sowjets 1993 verschwand jedoch auch die Kommission. Der Geheimdienst aber und sein Personal blieben. Nikita Petrov von Memorial war als Experte in der Kommission. Er meint heute, daß es in Wirklichkeit nie eine Chance gab, alle Archive zu öffnen - erstens, weil sich das Parlament nicht an die Empfehlungen der Kommission gehalten hätte; zweitens, weil das Verwaltungspersonal die Beschlüsse nicht umgesetzt hätte.

O-Ton 6:

Die staatlichen Organe waren absolut nicht gewillt, die Geheimdienstarchive anzunehmen und sich damit zu beschäftigen. Denn in unseren staatlichen Organen arbeiteten

weiterhin dieselben Leute, und die hatten Angst vor dem KGB. Diese lähmende Angst vor dem KGB und seinen Materialien hatte einen üblen Effekt. Das Archivpersonal zog es vor, die Akten überhaupt nicht zu berühren, sie dort zu lassen, wo sie sind, und zu meinen, daß es am bequemsten ist, gar nicht an sie zu denken.

Sprecherin:

Auch der Historiker Nikita Ochotin saß in der Kommission zur Überführung der Geheimdienstarchive. Die Demokraten in der Kommission hätten sich damals von der zögernden Mehrheit einlullen lassen, sagt Ochotin. Besonders der Vorsitzende dieser Kommission habe Entscheidungen verzögert.

O-Ton 7:

Das war ein riesiger Fehler. Auch von unserer Seite, von den Experten. Uns schien es damals auch, daß mit der Zeit alles von selbst zurechtgerückt wird. "Gehen wir den demokratischen Weg und warten wir ab, es wird schon werden. Die Archive werden schrittweise geöffnet, und, nun ja, laßt uns nicht zu viele Leute bestrafen, helfen wir lieber den Opfern." Es gab so einen Großmut, einen Optimismus, der nicht gerechtfertigt war.

Sprecherin:

Die Auflösung der Kommission zur Überführung der Geheimarchive war nur ein Rückschritt. Denn Akten, deren Geheimhaltungsvermerk schon aufgehoben worden war, verschwanden anschließend wieder in den geschlossenen Archiven. [Ein klares Zeichen dafür, daß die alten Strukturen wieder die Oberhand gewonnen hatten, meinen die einen. Oganjes Marinin vom Staatsarchiv dagegen wehrt ab.

O-Ton 8:

Um professionell beurteilen zu können, ob ein konkretes Dokument eine Mitteilung enthält, die der Geheimhaltung unterliegt, reicht es nicht aus, allein den Wunsch zu haben, dieses Dokument herabzustufen. Sondern man benötigt dazu das

Gutachten eines Experten. Damals, zu Beginn des neuen demokratischen Rußlands, wurden diese Gutachten nicht immer rechtzeitig angefertigt. Als sie dann später vorlagen und sich herausstellte, daß ein Teil der Dokumente nicht zur freien Nutzung bestimmt ist, wurden diese Akten eben wieder geheim aufbewahrt.]

Sprecherin:

Auch die Freigabe bisher geheimer Dokumente wurde 1993 durch den Gesetzgeber erschwert. In der kurzen Zeit der Öffnung konnten alle Archive selbst darüber entscheiden, welche Akten sie freigeben. Seit 1993 aber entscheidet eine behördenübergreifende Kommission darüber. In der Kommission sitzen unter anderem Vertreter des FSB, der Armee, der Grenzpolizei. Sie tagt einmal im Jahr. Oganjes Marinin vom Staatsarchiv versucht zwar, diese Regelung zu beschönigen, gibt aber zu, daß sich die Herausgabe von Akten dadurch verzögert hat.

O-Ton 9:

Einmal im Jahr, ich würde fast sagen, sogar öfter als einmal im Jahr, reichen wir dort unsere Vorschläge für die Herabstufung ein, und diese Vorschläge werden durchgesehen. Dieser Prozeß funktioniert, und ich könnte Ihnen einige Komplexe nennen, die schon nach der neuen Regelung herabgestuft und freigegeben wurden. Das sind sehr interessante Komplexe, die bei unseren Forschern auf große Nachfrage stoßen. Aber ich muß feststellen, daß der Prozeß der Herabstufung langwieriger und vielstufiger geworden ist.

Sprecherin:

Selbst Dokumente, bei denen die Sperrfrist von dreißig Jahren abgelaufen ist, werden nicht automatisch freigegeben. Auch diese Akten müssen vorher von der Kommission begutachtet werden. Dadurch sind sogar Akten aus den 20er Jahren noch geheim. Marínin verweist dazu auch noch auf die desolate Haushaltslage der Archive.

O-Ton 10:

Vor einigen Jahren, als sich die finanzielle Situation schon stark verschlimmert hatte, wurde in der Duma und in anderen höheren Organen sogar darüber diskutiert, das Staatsarchiv ganz zu schließen, weil kein Geld da war, um den Archivdienst aufrechtzuerhalten. Damals wurde beschlossen, die Archive zu belassen, mit der Bedingung, daß wir eigenständig zur Finanzierung beitragen. Auf dieser Basis existieren wir jetzt. Ich glaube nicht, daß es irgendwelche tiefen, geheimen Intrigen gibt, damit die Archive wieder geschlossen werden.

Sprecherin:

Auch der Historiker Nikita Ochotin, der für die Öffnung aller Akten eintritt, vermutet keine organisierte politische Strategie hinter dem erneuten restriktiven Umgang mit den Akten. Seiner Ansicht nach liegt der wesentliche Grund für die Rückschritte darin, daß einzelne Verantwortliche die Herausgabe verzögern und die Akten gar nicht erst zur Freigabe vorschlagen.

O-Ton 11:

Da wirkt ein bestimmtes psychologisches Muster. Denn in unserem Land basiert vieles auf dem Feudalprinzip: Behörden, Ministerien und Dienste meinen, daß alles, was in ihrer Verwaltung liegt, ihnen gehört. [Nicht der Gesellschaft, und nicht dem Staat.] Wenn ich will, gebe ich die Akten frei. Wenn nicht, dann nicht. Das ist meins. [Das ist so ein Behördenbewußtsein. Warum sollten wir das weggeben? Das gehört uns. Das ist eine Strategie, aber eine unbewußte.] Diese Leute verstehen absolut nicht, daß Dokumente mit allgemein staatlicher Bedeutung nicht ihnen gehören, sondern dem Volk, der Gesellschaft.

Sprecherin:

In einigen ehemaligen Ostblockstaaten hat eine "Lustration", eine Durchleuchtung der ehemals staatsnahen Beamten, stattgefunden - in Rußland nicht. Es gibt keine Berufsverbote für diejenigen, die am verbrecherischen System beteiligt waren; von Strafen ganz zu schweigen. Denn es hat keinen einzigen Prozeß gegen Täter aus der

Sowjetzeit gegeben.

Heute sind die Chancen für ein Lustrationsgesetz gleich null, denn die gesetzgebende Instanz, die Duma, wird von Kommunisten und anderen Gruppierungen dominiert, die aus der alten Nomenklatura hervorgegangen sind. Der Historiker Nikita Ochotin:

O-Ton 12:

Wie soll eine Durchleuchtung funktionieren in einem Land, in dem der Präsident Mitglied im Politbüro der KPdSU war? Soll er etwa sagen: Verurteilt mich? Enthebt mich aus meinem Amt? Gut, man könnte eine Ausnahme machen, aber in seinem Umfeld sind noch zahlreiche ehemalige Parteisekretäre der Gebietskomitees und ehemalige Mitglieder des ZK. Sollen die etwa alle sagen: Wir verzichten auf die Macht? Das ist unmöglich, wir haben es mit Menschen zu tun, nicht mit abstrakten Begriffen.

Sprecherin:

Selbst unter ehemaligen Dissidenten und heutigen demokratischen Politikern ist ein Lustrationsgesetz höchst umstritten. Der parteilose Duma-Abgeordnete und ehemalige Menschenrechtsbeauftragte Sergej Kowaljov etwa ist sich nicht sicher, ob er ein solches Gesetz befürworten würde. Und das, obwohl er selbst sieben Jahre in einem Lager saß und drei Jahre verbannt war.

O-Ton 13:

Ich glaube, daß Lustrationsgesetze nicht rechtmäßig sind. Im Gegenteil, sie widersprechen dem Rechtsprinzip. Der Mensch kann in seinen Arbeitsmöglichkeiten nur aufgrund eines Gerichtsentscheids eingeschränkt werden, und nicht anders. Was auch immer er früher war.

Sprecherin:

Kowaljov plädiert stattdessen dafür, die Verjährungsfristen für in der Sowjetunion begangenes Unrecht zu verlängern; denn die meisten Taten, die auch nach sowjetischem Recht Verbrechen waren, sind

heute verjährt. Eine Gesetzesänderung würde es den Opfern, die zum Beispiel in der Stalinzeit zu Unrecht verurteilt wurden, ermöglichen, heute gegen Richter und Anwälte strafrechtlich vorzugehen. Auch dafür will Kowaljov sich jedoch nicht in der Duma einsetzen.

O-Ton 14:

Wenn ich in der Duma, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, einen Antrag unterstütze, dann nehme ich ihm Stimmen weg. Denn die Mehrheit der Duma stimmt prinzipiell gegen die Meinung Kowaljovs. Deshalb will ich die gesetzgebenden Möglichkeiten meiner Kollegen nicht zerstören. Ich drücke den richtigen Knopf, und darauf beschränken sich dann auch meine Aktivitäten in der Duma.

Sprecherin:

Kowaljov ist sich auch nicht sicher, ob es richtig wäre, die Spitzelakten unkontrolliert zu öffnen - sofern sie noch existieren. Er gibt zu bedenken, daß die Grenze zwischen Opfern und Tätern in der Sowjetunion viel schwieriger zu ziehen ist als beispielsweise in der DDR. So wurden aus Tätern von einem Tag auf den anderen Opfer; andererseits wurden Opfer auf die Seite der Täter gezogen. [Kowaljov erzählt von einer alten Frau, die ihn um Hilfe bat. Ihr Vater hatte eine Datscha, ein Landhäuschen, besessen und war unter Stalin ins Lager gekommen, die Familie wurde enteignet. Nachdem der Vater rehabilitiert worden ist, verlangt die Frau nun die Datscha zurück. Er, Kowaljov, habe die Frau daraufhin gefragt, ob der Vater die Datsche denn damals selbst gebaut oder gekauft habe. - Nein, habe sie geantwortet, die sei schon fertig gewesen. Vermutlich wurde also vorher schon jemand anders enteignet, erzählt Kowaljov.]

O-Ton 15:

70 Jahre ständige Lüge, Schmutz und Blut, das ist sehr viel. Das wirkt sich auf viele Generationen aus. Und es besteht die Gefahr, daß die Wahrheit sehr emotional und unbeherrscht aufgenommen wird, auf eine Weise, die der Wirklichkeit nicht angemessen ist. Ich befürchte, daß alte Rechnungen beglichen

werden - der einen Opfer mit anderen.

Sprecherin:

Kowaljov selbst hat nicht das Bedürfnis, sich an seinem Richter zu rächen. Auch der ehemalige Dissident Valerij Abramkin hat kein Interesse, diejenigen, die ihn bespitzelten und repressierten, zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei leidet er noch heute unter den Folgen einer Lungentuberkulose, die er sich im Lager zuzog, und unter Anfällen von Verfolgungswahn.

O-Ton 16:

Diese Leute standen alle unter Zwang. Und wissen Sie, oft waren mir die Menschen, die zum Beispiel das Verfahren gegen mich führten, sehr gewogen. Und haben mir direkt gesagt, daß das alles schrecklich ist und daß sie so etwas nie tun würden, wenn man sie nicht zwingen würde. Diesem Gefühl des Unbehagens bin ich bei fast allen begegnet; sowohl bei denen, die mich beaufsichtigt haben, als auch bei denen, die mich durchsucht haben. Man kann vom Menschen nicht fordern, ein Held zu sein. Das ist nicht normal. Man kann niemanden dafür verurteilen, daß er in der Situation, die damals war, unter Druck oder unter Drohungen Informationen über einen anderen weitergegeben hat. Das zu tun, wäre unmoralisch. Wenn jemand unter diesen Umständen keine Informationen weitergegeben hat, dann ist er ein Held, dann kann man ihn dafür loben. Aber wenn er es getan hat, dann darf man ihn dafür noch lange nicht einen Schuft nennen.

Sprecherin:

Abramkin erzählt, daß die Wochen, in denen er in Isolationshaft im Todestrakt des berühmten Gefängnisses "Butyrka" in Moskau saß, die glücklichste Zeit seines Lebens war. Man müsse lernen, zu der Vergangenheit zu stehen, anstatt Schuldige zu suchen. Der Historiker Nikita Ochotin bringt es auf den Punkt:

O-Ton 17:

Es gibt zwei Typen von Ehemännern: Die einen wollen wissen, daß ihre Frau sie betrügt, die anderen nicht. Unser Volk gehört zu der zweiten Sorte. Das ist so eine schweigende Übereinkunft. Die Gesellschaft will davon nichts wissen. Und wenn es manchmal herauskommt, dann ist die Reaktion erschreckend ruhig. Na und? Ja, er hat gespitzelt. Wer hat nicht gespitzelt? Alle haben gespitzelt, alle haben andere verraten, alle haben gegen den Nachbarn gearbeitet. Und darin ist eine tiefe Wahrheit. Und das ist der Grund, weshalb es bei uns keine Kommissionen, keine Tribunale, keine Bestrafungen gibt.